

Neufassung vom 19.03.2019

**Verkehrssicherheit 2018
Unfallentwicklung
Maßnahmen Verkehrssicherheitskonzept „Vision Zero“**

**„Vision Zero“ und die Realität
Zunahme der Verkehrsunfälle mit Beteiligung des Radverkehrs und Zunahme der
Verkehrsunfälle von Kindern und Jugendlichen auf dem Schulweg erläutern**
Antrag Nr. 14-20 / A 05035 von der Fraktion DIE GRÜNEN/RL
vom 26.02.2019, eingegangen am 27.02.2019

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 14342

Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 20.03.2019

Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

Wie in der Sitzung des Kreisverwaltungsausschusses vom 19.03.2019.
Der Ausschuss hat die beiliegenden, inhaltlich deckungsgleichen Änderungsanträge der
ÖDP und Fraktion DIE GRÜNEN/RL beschlossen.
Der Ausschuss hat in Abänderung des Referentenantrages nachstehend dargestellte
Fassung beschlossen.
Die Änderungen sind in Fettschrift und kursiv dargestellt.

II. Antrag des Referenten

1. Der Stadtrat nimmt die Ausführungen aus dem Vortrag des Referenten über die Unfallzahlen 2018, die Maßnahmen der Straßenverkehrsbehörde und die Umsetzung des Verkehrssicherheitsprogramms „Vision Zero“ zur Kenntnis.
2. ***Das Kreisverwaltungsreferat beauftragt wegen der Unabweisbarkeit eines dringlichen Bedarfs, den Beschluss zur Umsetzung der zweiten Stufe des Maßnahmenprogramms außerhalb des Eckdatenbeschlusses und der dahinter liegenden Systematik der Haushaltsplanaufstellung vorzuziehen und noch im 1. Halbjahr 2019 in den Stadtrat einzubringen.***
3. Das Kreisverwaltungsreferat wird beauftragt, auf das IT-Referat und die IT-Vergabestelle gem. Vorhabensplanung 2019 zuzugehen, dass seitens RIT entsprechenden Ressourcen bereitgestellt werden und je nach Anforderung an weitere

Beschlüsse die Software noch in 2019 ausgeschrieben und im Jahr 2020 eingesetzt werden kann.

4. Dem Antrag Nr. 14-20 / A 05035 „Vision Zero“ und die Realität: Zunahme der Verkehrsunfälle mit Beteiligung des Radverkehrs und Zunahme der Verkehrsunfälle von Kindern und Jugendlichen auf dem Schulweg erläutern“ der Fraktion DIE GRÜNEN/RL vom 26.02.2019 wird nach Maßgabe der vorstehenden Ausführungen entsprochen. Er ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.
5. Der Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss
nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Ober-/Bürgermeister/in

Dr. Böhle
Berufsmäßiger Stadtrat

IV. Abdruck von I. mit II.

über das Direktorium D-II-V / Stadtratsprotokolle
an das Revisionsamt
an das Direktorium – Rechtsabteilung (3x)
mit der Bitte um Kenntnisnahme.

V. WV bei Kreisverwaltungsreferat GL/532 Beschlusswesen
zu IV.

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
2. an das Referat für Informations- und Telekommunikationstechnik
3. an das Referat für Stadtplanung und Bauordnung
4. an das Baureferat
5. an das Polizeipräsidium München
6. an das Kreisverwaltungsreferat GL/3
7. Zurück mit Vorgang an Kreisverwaltungsreferat – HA/ 31
zur weiteren Veranlassung.

Am

Kreisverwaltungsreferat - GL/532